

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Ettlinger Zeitung. 1949-1973
1950**

234 (21.10.1950)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.30, im Verlag abgeholt 2.20 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 21. Oktober 1950

Nr. 234

SPD will Aufklärung über Polizei Niemöller bei Dr. Schumacher

Bonn (UP). Die Bundestagsfraktion der SPD beschloß, die Bundesregierung in einer Interpellation um aufklärende Einzelheiten zur Polizeifrage zu ersuchen. Wie man hört, wünscht die Fraktion Aufklärung über den gegenwärtigen Stand der Vorbereitungen für die auf der New Yorker Außenministerkonferenz genehmigte Schutzpolizei in Höhe von 30 000 Mann, außerdem aber über die in diesen Tagen verschiedentlich erwähnte „Führerreserve“ und das sogenannte „Wachkommando“ zur Verfügung des Bundeskanzlers. Zwecks gegenseitiger Unterrichtung trafen sich in Bonn Dr. Martin Niemöller und der Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher. Die Unterredung galt in der Hauptsache aktuellen politischen Problemen und Tagesfragen, daneben dem Flüchtlingsproblem. Dr. Niemöller erklärte, daß er durchaus nicht auf dem Standpunkt eines unbedingten Pazifismus stehe. Wenn dieser Eindruck in der Öffentlichkeit entstanden sein sollte, so trage daran auch die unvollständige Berichterstattung über seine Erklärungen schuld.

Freiheitsglocke eingetroffen

Sie wird am 24. Oktober zum ersten Mal läuten
Bremerhaven (UP). Nach ihrer Fahrt durch die Vereinigten Staaten traf die von Amerikanern gespendete und für Berlin bestimmte Freiheitsglocke an Bord des „General Blatchford“ in Bremerhaven ein. Die Glocke soll am 24. Oktober, am Tage der Vereinten Nationen, mittags um 12 Uhr zum ersten Male vom Berliner Rathausurm läuten. Bei Entladung der mit Gestühl 20 Tonnen schweren Glocke waren der amerikanische Landeskommisär für Bremen, Captain Jeff, der kommandierende General der amerikanischen Enklave Bremen, General Canham, der Bremer Senatspräsident Kalsen sowie eine große Zahl ein- und ausländische Gäste zugegen. An der Einweihungszeremonie in Berlin werden General Clay und der amerikanische Hohe Kommissar für Deutschland, McCloy, teilnehmen. Das erste Geläute der Glocke wird über den Rundfunk in alle Welt übertragen. Die Glocken der Kirchen, Schulen und öffentlichen Gebäuden in den USA und in Europa werden überall anlässlich der Feierlichkeiten läuten.

Zahlreiche Gesetze verabschiedet

Bundesrat billigte in zweiter Lesung den Etat 1950

Bonn (UP). Der Bundesrat nahm in seiner 37. Sitzung das Haushaltsgesetz für das Rechnungsjahr 1950 und einzelne Etatspläne an. Er beauftragte aber gleichzeitig seinen Finanzsachverständigen, Änderungsanträge noch einmal zu beraten und sie dem Bundestag nachträglich zur nächsten Beratung zurückzuleiten.

Im weiteren Verlauf der Sitzung, die 19 Punkte behandelte, verabschiedete der Bundesrat eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen, darunter als eines der wichtigsten das Gesetz über die Schaffung eines Bundesverwaltungsgerichtes und eines Bundesdienststrafhofes. Dabei ergaben sich Meinungsverschiedenheiten über den Sitz dieser Institutionen, als der Vertreter Bayerns gegen Berlin sprach, weil es bei der augenblicklich noch herrschenden Unsicherheit nicht ratsam sei, diese Behörden nach Berlin zu legen. Der Vertreter Berlins hielt dem entgegen, daß „der freie Zugang zu Berlin so lange gewahrt bleiben wird, wie überhaupt in Deutschland Ruhe herrscht“.

Außerdem wurden vom Bundesrat ein zweites Gesetz zur Förderung der Wirtschaft Groß-Berlins, mehrere Durchführungsvorordnungen zum Soforthilfegesetz und ein Gesetz über die Anerkennung von Nottrauungen angenommen. Verordnungen zum ersten Wohnbaugesetz gab der Bundesrat mit geringfügigen Änderungen ebenfalls seine Zustimmung. Schließlich wurden einige Sozialgesetze und ein Änderungsgesetz zum Wertpapierbereinigungsgesetz verabschiedet. Der Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Jugendnot wurde vom Antragsteller, dem Land Württemberg-Hohenzollern, zurückgezogen, nachdem der Vertreter des Bundesinnenministeriums erklärt hatte, daß die Wohlfahrts- und Jugendabteilung seines Ministeriums sich intensiv mit diesen Fragen beschäftige. Der Vertreter des Innenministeriums gab in diesem Zusammenhang bekannt, daß es im Bundesgebiet zur Zeit 600 000 arbeits- und berufslose Jugendliche gibt.

Deutsche Kriegsgefangenen-Denkschrift
Die deutsche Bundesregierung hat eine Denkschrift über die Frage der deutschen Kriegsgefangenen ausgearbeitet. Das Memorandum wird auf Veranlassung der USA, Großbritannien und Australiens der Vollversammlung der Vereinten Nationen zugeleitet. Pfarrer Merien, der Sachbearbeiter für Kriegsgefangenenfragen im Bundesflüchtlingsministerium, führte dazu aus, die Sowjetunion, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Albanien hielten noch deutsche Kriegsgefangene fest. Einzelne Gefangene sitzen noch in Griechenland und Italien. Rund 2000 Deutsche

Adenauer:

Keine Verpflichtungen eingegangen

Große Rede des Bundeskanzlers über Deutschlands Aufgabe — Scharfe Stellungnahme gegen Niemöller

Genar (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer wandte sich am Freitag auf dem CDU-Parteitag in einer großangelegten Rede über Deutschlands Aufgabe im europäischen Spannungsfeld gegen die Behauptung, daß die Bundesregierung oder der Bundeskanzler „Verpflichtungen irgendwelcher Art“ in der Remilitarisierungsfrage eingegangen seien. Gleichzeitig betonte der Kanzler in seiner Rede, daß Westdeutschland einen Damm gegen das Eindringen sowjetischer Ideen aufrichten müsse, und forderte alle Parteien auf, „an dieser im besten und wahrsten Sinne des Wortes überparteilichen deutschen und europäischen Aufgabe“ mitzuarbeiten.

Zu Beginn seiner Rede hatte Adenauer nach Begrüßungsworten die Aufforderung an die Delegierten gerichtet, sich zum Absingen der dritten Strophe des Deutschlandliedes zu erheben. „Wenn ich Sie nun bitte, gemeinsam mit mir diese Strophe zu singen, so tue ich es, weil wir damit am besten die tiefe Überzeugung von der Notwendigkeit der Einigkeit, des Rechtes und der Freiheit vor aller Welt bekennen“, erklärte der Bundeskanzler, und setzte dann seine Rede fort.

„Ich stelle fest: Die Bundesregierung oder der Bundeskanzler haben keine Verpflichtungen irgendwelcher Art eingegangen“, sagte Dr. Adenauer. „Es ist auch das Eingehen solcher Verpflichtungen von niemand verlangt worden. Es ist kein Angebot gemacht worden.“

Der Kanzler wandte sich in diesem Zusammenhang scharf gegen die Äußerungen Niemöllers, der jetzt „der lauteste Ruf im Streite“ sei, während er bei der Aufstellung der Polizeiarmerie in der Ostzone geschwiegen habe. Adenauer unterstrich, daß der Bundestag über den etwaigen deutschen Beitrag zur Verteidigung Europas entscheiden müsse — und zwar erst dann, wenn die westlichen Alliierten eine offizielle und präzise Anfrage an die Bundesrepublik gerichtet hätten, Frankreich habe sich jedoch

dagegen ausgesprochen, diese Frage jetzt zu stellen. Eine Auflösung der Bundestages und Neuwahlen oder eine Volksbefragung zur Remilitarisierung seien nach dem Grundgesetz nicht möglich, erklärte der Kanzler.

Warum wir handeln müssen
„Deutschland steht unmittelbar der sowjetrussischen Macht gegenüber“, sagte Adenauer an anderer Stelle seiner Rede. Im Falle einer Aggression sei die „mittlen im europäischen Spannungsfeld“ gelegene Bundesrepublik das erste Opfer.

Der Kanzler unterstrich die Genugtuung des deutschen Volkes über den Beschluß der New Yorker Außenministerkonferenz für die Sicherheit Deutschlands einzustehen. Die Verstärkung der alliierten Truppen bringe Lasten mit sich, die Westmächte hätten jedoch zugesagt, diese Lasten so gering wie möglich zu halten. Bundeskanzler Dr. Adenauer äußerte die Überzeugung, daß die westlichen Alliierten jetzt den einzigen Weg eingeschlagen hätten, der den Frieden sichern könne; sich ebenso stark zu machen wie die Sowjetunion, um mit ihr über die Herstellung eines dauernden Friedens zu verhandeln.

Weitere wichtige Punkte der Rede des deutschen Bundeskanzlers waren:

1. Adenauer bekannte sich erneut zur Verständigung mit Frankreich

2. Er versicherte, daß die Bundesregierung, der Bundestag und er persönlich mit voller Kraft dafür eintreten würden, daß das militärische Denken bei der etwaigen Aufstellung eines deutschen Kontingents in einer amerikanisch-europäischen Armee nicht wiederkehre.

3. Er bezeichnete die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als das große deutsche Ziel und rief den Deutschen der Ostzone zu: „Harret aus und hoffet auf uns.“

4. Der Kanzler protestierte erneut gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland. Er bekannte sich in diesem Zusammenhang zur westlichen Freiheitsidee und meinte: „Für uns Deutsche kann es niemals sowjetrussische Sklaverei geben, sondern nur einen Frieden in Freiheit.“

Molotow nach Prag gereist

„Remilitarisierungspläne“ im Vordergrund

London (UP). Radio Moskau gab am Freitag bekannt, daß der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Molotow in Prag eingetroffen sei, um mit Ministern der Kominformländer über die Pläne der Westmächte zur Remilitarisierung Deutschlands zu beraten. In Prag habe eine Konferenz begonnen, an der Minister von 8 Staaten teilnehmen. Diese Konferenz befaße sich mit Fragen, die im Zusammenhang mit der New Yorker Konferenz der drei Westmächte aufgetaucht sind, die sich am 18. September mit der Remilitarisierung Westdeutschlands befaßt habe.

Protestnote Moskaus an Westmächte

Angebliche Aufstellung einer westdeutschen Armee — Erste Reaktion auf den Schritt des Kreml

London (UP). Die Sowjetunion hat die drei Westmächte in einer am Donnerstag zugestellten Note beschuldigt, offen die Aufstellung einer westdeutschen Armee zu planen. Gleichzeitig stellt die sowjetische Regierung fest, daß sie die Verwirklichung dieser Absicht nicht dulden werde.

In der sowjetischen Note wird eingangs der Protest der drei Westmächte gegen den militärischen Charakter der Volkspolizei in der Ostzone zurückgewiesen. Darauf erklärt die Sowjetunion ihrerseits, „daß in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands Polizeiformationen bestehen, die in Wirklichkeit Armeeeinheiten sind“. Die sowjetische Note erinnert dann an das am 18. September von den Außenministern der drei Westmächte nach ihrer New Yorker Konferenz veröffentlichte Kommuniqué und erklärt, daß darin erstmals die Aufstellung „mobiler Polizeieinheiten“ und zweitens die „Hinzuziehung Westdeutschlands zu den gemeinsamen Streitkräften“ vorgesehen sei. „In anderen Worten, es wird die Wiederaufstellung der deutschen Armee offen geplant, was in völligem Widerspruch zu den Bestimmungen der Potsdamer Konferenz über die Entmilitarisierung Deutschlands steht.“

In der sowjetischen Note wird versichert, daß die Organisation und Bewaffung der Volkspolizei in jeder Beziehung den Direktiven der Potsdamer Konferenz und des alliierten Kontrollrats für Deutschland entspreche.

„Scheinheiliges Manöver“

Außenminister Acheson dementierte vor Pressevertretern die sowjetische Behauptung, daß die in Westdeutschland gebildeten Volkspolizeibände „eine Armee darstellen“. Er habe wenig Hoffnung, daß es zu „Friedensgerichten“

zwischen den Großmächten kommen werde, solange die Sowjetunion ihre grundsätzliche Haltung ändere. Der Westen müsse damit fortfahren, sich zu stärken. Amerikanische Regierungsbeamte erklärten, daß die amerikanische Politik gegenüber Westdeutschland trotz der sowjetischen Note kaum geändert werden dürfe. „In Westdeutschland gibt es weder reguläre deutsche militärische Truppenverbände noch militärische Polizei-Einheiten.“ Mit dieser kategorischen Feststellung wies deutsche Regierungskreise und Sprecher der alliierten Heben Kommission in Bonn die sowjetische Behauptung über angebliche Remilitarisierungsabsichtungen in der Bundesrepublik als „scheinheiliges Ablenkungsmanöver“ zurück. Der stellvertretende amerikanische Hohe Kommissar, General Hays, meinte, er möchte gern erfahren, wo die deutschen Militärfürsprecher stünden, von denen die sowjetische Regierung in ihrer Note an die Westmächte spreche.

Befriedigung in Frankreich

Die sowjetische Note sei eine Warnung an die Westmächte vor der Wiederbewaffung Deutschlands, erklärte ein Sprecher des französischen Außenministeriums. Der Sprecher lehnte den sowjetischen Protest ab und erklärte, er „entbehre jeder Grundlage“. Gutunterrichtete Personen erklärten aber, die Note sei mit einer „gewissen Befriedigung“ in Frankreich aufgenommen worden. In diesen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß Frankreich sich immer gegen die von den Vereinigten Staaten vorgeschlagene Wiederbewaffung Deutschlands gewandt habe. Der sowjetische Protest könne, obwohl unberschligt, doch nur die französische Haltung stärken, heißt es.

Kein „neuer Kurs“ in England

H.S. London

Der Rücktritt des erkrankten britischen Schatzkanzlers Sir Stafford Cripps, dessen Name in den Nachkriegsjahren mit dem Begriff „Austerität“ getadelt worden ist, wird mit großer Wahrscheinlichkeit keine Veränderungen in der Finanzpolitik der Labour-Regierung nach sich ziehen.

Sein Nachfolger Hugh Gaitskell gehörte von jeher zu den „hoffnungsvollen jungen Leuten“ in der näheren Umgebung des zurückgetretenen Schatzkanzlers und genöß auch dessen volles Vertrauen. Allerdings zählt er nicht zur Hierarchie der Labour-Party und kann deshalb wahrscheinlich nicht mit derselben Autorität wie Cripps sprechen, wenn es darum geht, Kontrollmaßnahmen zur Verhütung einer Inflation durchzusetzen. Die Opposition gegen den Lohnstopp wird von Tag zu Tag kritischer, und die ständig ansteigenden Weltmarktpreise für Rohstoffe machen es immer schwieriger, die britischen Preise — selbst mit Subsidien — auf dem gegenwärtigen Stand zu halten.

Hinzu kommt, daß Gaitskell diesen umstrittensten aller Ministerposten gerade zu einem recht kritischen Zeitpunkt übernimmt. Die Marshallplanhilfe geht ihrem Ende zu, und die Forderungen nach einer Verstärkung der Rüstung verstimmen nicht. Großbritannien hat zugesagt, während der kommenden drei Jahre 3,4 Milliarden Pfund Sterling für die Aufrüstung bereitzustellen. Während seines kürzlichen Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten mußte Gaitskell vor amerikanischen Regierungsvertretern mit Bedauern bekennen, daß Großbritannien nicht in der Lage sei, auch nur einen Penny mehr für die Rüstung auszugeben, ohne den gefährdeten Schritt von der Friedens- in die Kriegswirtschaft zu tun.

Die schweren Aufgaben, vor denen Gaitskell steht, lassen sich wie folgt kurz zusammenfassen:

1. Finanzierung der Wiederaufrüstung ohne Gefährdung des wirtschaftlichen Aufstiegs.
2. Forderungen der Gewerkschaften auf Lohnerhöhung. Die am schlechtesten bezahlten Kohlengrubenarbeiter haben bereits eine Lohnerhöhung durchgesetzt.
3. Steigen der Weltmarktpreise für die meisten Rohstoffe, was sich auch schon im Kleinhandel auswirkt. Der britische Lebenshaltungsindeks ist im Vergleich zum Vormonat um einen Punkt auf 114 gestiegen.
4. Großbritannien importiert immer noch mehr als es ausführt. In den Monaten Juli, August und September konnte allerdings ohne Berechnung der Marshallplanhilfe mehr in die Dollarländer exportiert werden, als von dort eingeführt wurde.

Dies sind die politischen Aspekte auf der finanziellen Ebene, mit denen sich der neue Schatzkanzler auseinandersetzen muß. Allerdings hat er noch fünf Monate vor sich, ehe eine größere finanzielle Entscheidung seinerseits erforderlich wird — die Ausarbeitung eines neuen Budgetentwurfes für das kommende Jahr, der dem Parlament bis zum kommenden April vorliegen muß. Vor diesem Zeitpunkt können aber möglicherweise neue Wahlen abgehalten werden.

Trotz der großen Schwierigkeiten, denen sich Gaitskell in der nächsten Zukunft gegenüberübersieht, übernimmt er dennoch den Posten unter wesentlich günstigeren Umständen als sein Vorgänger. Sir Stafford Cripps fand sich seinerzeit fast über Nacht auf dem Ministerposten, nachdem der erste Schatzkanzler der Labour-Regierung, Hugh Dalton, den unverzeihlichen Fehler begangen hatte, einem Pressekorrespondenten Einblick in den geheimen Budgetentwurf zu gestatten. Als Cripps sich in dem Ministeressel niederließ, befand sich Großbritannien gerade im Tiefpunkt seiner Nachkriegskrise. Die amerikanische Anleihe war so gut wie aufgebraucht und die Marshallplanhilfe noch nicht angefangen.

Jetzt, nach drei Jahren des ständigen Stroms der Marshallplangelder, kann Großbritannien zumindest auf dem Papier von sich behaupten, daß es sich in einer besseren wirtschaftlichen Verfassung befindet als in den letzten Vorkriegsjahren. Steigende Gold- und Dollarreserven und eine fast gänzliche Schließung der Dollarlücke sind das Ergebnis der Politik Sir Stafford Cripps.

An diesem Punkte setzt nunmehr Gaitskell an, vorerst in der Öffentlichkeit nur als Schüler Sir Staffords bekannt, und mehr oder weniger noch ein „unbeschriebenes Blatt“, ausgesetzt auf dem bewegten Meer der Weltfinanzpolitik.

Deutsch-alliierte Finanzbesprechungen. Die deutsch-alliierten Wirtschaftsbesprechungen in Bonn wurden fortgesetzt. In ihrem Mittelpunkt standen die finanziellen Punkte der Außenminister-Entscheidungen.

Teuerungszuschläge für Beamte
Eine Regelung für Bundesbeamte

Bonn (UP). Beamte des Bundes erhalten auf Beschluß des Bundeskabinetts für die Dauer von vier Monaten eine Teuerungszulage. Das Kabinett hat sich dazu im Zusammenhange mit den Tarifvereinbarungen für Angestellte im öffentlichen Dienst entschlossen. Beamte mit einem Grundgehalt bis zu 350 DM bekommen danach einen Teuerungszuschlag von monatlich 20 DM. Bundesbeamte mit einem Gehalt von 350,01 DM bis zu 365,99 DM erhalten zu ihrem monatlichen Grundgehalt eine Zulage, wobei jedoch der Betrag von zusammen 370 DM nicht überschritten werden darf. Entsprechende Vereinbarungen werden auch für die Bundesbahn und die Bundespost getroffen.

Minister verklagt Abgeordneten
„Von Geldangeboten nichts bekannt“

Bonn (UP). Bundesfinanzminister Schäffer hat gegen den Bundestagsabgeordneten Dr. Etzel Klage eingereicht. Dr. Etzel hatte vor dem Untersuchungsausschuß zur Klärung der Vorgänge um die Wahl der Bundeshauptstadt den Namen des Finanzministers mit Geldzuwendungen an die Bayernpartei in Verbindung gebracht. Er hatte einen Brief des früheren Schatzmeisters der Bayernpartei, Dr. Schmidhuber zitiert, nach dem sich ein Kreisvorsitzender der BP bei Dr. Schäffer in Bonn Geld abholen sollte. Dr. Schäffer betonte in seiner Verlautbarung, ihm sei von angeblichen Geldangeboten nichts bekannt.

Das Schicksal der Landsberg-Häftlinge
Keine generelle Begnadigung zu erwarten

Frankfurt (UP). Der amerikanische Hohe Kommissar McCloy wird voraussichtlich innerhalb der nächsten 6 Wochen über die Vorschläge des US-Gnadenausschusses entscheiden, der sich eingehend mit der Überprüfung der Fälle der in Landsberg inhaftierten Kriegsverbrecher befaßt hat. Dieser Ausschuß hat, wie man hört, seine Vorschläge dem amerikanischen Hohen Kommissar unterbreitet, und es sei zu erwarten, daß McCloy eine „individuelle Entscheidung“ treffen, d. h. eine Anzahl Urteile revidieren und andere bestätigen werde. Er könne damit gerechnet werden, daß McCloy nach diesem Prinzip auch über die 16 Todesurteile entscheiden wird, die dort seit annähernd drei Jahren auf die Vollstreckung ihrer Urteile warten.

Neue Aussagen im Falkenhäuserprozeß
Ein Vorstoß belgischer politischer Häftlinge

Brüssel (UP). Im Falkenhäuser-Prozeß schilderte der mitangeklagte General Reeder, daß zwischen der deutschen Sicherheitspolizei „Sipo“ und der Militärverwaltung unter General von Falkenhäuser ein ständiger Streit geherrscht habe. Reeder teilte dem Gericht mit, daß im Falle eines deutschen Sieges 1944 beschlossen war, den Norden Belgiens dem Flamen de Wiels, den Süden dem Wallonen Dapelle zu unterstellen und besetzte, etwa 300 Aktien genau durchzuführen, um die Wahrheit seiner Behauptungen nachzuprüfen.

Die belgische Vereinigung ehemaliger politischer Häftlinge beschuldigte die Justizbehörden, daß General von Falkenhäuser und seine Mitangeklagten aus Gründen der internationalen Politik mit seidenen Handschuhen angefaßt würden. Der Vorsitzende des Gerichts, Marechal, betonte demgegenüber, daß politische und diplomatische Rücksichten keinen Einfluß auf das Gericht hätten.

Verfahren gegen Flugplatz-Angriffe. Das Oberkommando der amerikanischen Luftstreitkräfte gab bekannt, daß Oberst Stanton Smith junior, der Kommandeur der zwei amerikanischen Flieger, die einen sowjetischen Flugplatz angriffen, seiner Postens entbunden worden ist. Gegen die beiden Flieger wird ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Edmund Sabott.

Der Angeklagte schweigt ...

Copyright by Verlagsanstalt E. Dittler & Spörer

37. Fortsetzung.

„Lieben Sie Lönne eigentlich noch so sehr?“ fragte er plötzlich. Sie blökte ihn bestürzt an. „Was meinen Sie damit?“ Er hielt ihren Blick fest. „So sehr, daß Sie einen Meißel für ihn leisten wollen?“ Da blieb sie stehen. Ihr Gesicht wurde kalt, und ihre Hände, zwischen denen sie einen Grashalm zerrupft hatte, sanken schwer herab. Sie konnte nichts antworten, aber seine Augen waren so unerbittlich fragend auf sie gerichtet, daß sie nicht auszuweichen vermochte.

Beinahe ungeduldig fragte er sie noch einmal: „Lieben Sie ihn also noch so sehr?“ „Woher haben Sie es erfahren?“ fragte sie leise. Er zog die Lippenwinkel hoch. „Ihre Geschichte war ausgezeichnet erfunden und noch besser erzählt, Fräulein Maltitz. Ich bin gewiss eigens zum Bahnhof von Glöckchen gekommen, um mir den Wartesaal anzusehen. Es stimmte alles. Die Einzelheiten sind es gewesen, die Ihr Märchen so überzeugend gemacht haben. Und trotzdem gefiel mir daran manches nicht. Es klang alles so glatt, es paßte alles so gut in die Prozedurfolge hinein. Glitschiger Boden. Man hat es eher im Gefühl als im Kopf. Und außerdem mußte ich natürlich an Lilo denken, die etwas Aehnliches vorhatte. Solche Gedanken sind ansteckend wie ein Schnupfen. Sollten etwa auch Sie ...?“ fragte ich mich. Kommen Sie weiter, Fräulein Maltitz! Gehen wir noch ein Stückchen! Dann hab' ich Ihr entsetztes und furchbar beschämtes Gesicht nicht immerzu vor Augen.“

Endphase des Kampfes in Korea

Pyeongyang fast in den Händen der UN-Truppen - 27 000 Kommunisten werden eingekesselt

Tokio (UP). Der Kampf in Korea scheint seinem Ende entgegenzugehen. Drei Divisionen der Streitkräfte der Vereinten Nationen beschleunigten am Freitagabend ihren Vormarsch in nördlicher Richtung, um die im Norden von Pyeongyang abgesetzten 4000 amerikanischen Fallschirmspringer zu verstärken und um die Garnison von Pyeongyang, deren Stärke auf 27 000 Mann geschätzt wird, durch Einkesselung an der Flucht in die Mandchurerei zu hindern.

Die Leitung der letzten Hauptaktionen der Truppen der Vereinten Nationen hatte General McArthur persönlich übernommen. Er leitete die Landaktion von einem viermotorigen Dienstflugzeug aus und landete nach Beendigung dieser Aktion auf dem Flugplatz der ehemaligen nordkoreanischen Hauptstadt Pyeongyang, die sich nunmehr vollständig in der Hand der Truppen der Vereinten Nationen befindet. Säuberungsaktionen hatten in verschiedenen Stadtgebieten noch den ganzen Freitag über andauert.

McArthur sagte voraus, daß der Krieg in Korea eindeutig seinem Ende entgegengehe. Er befahl den südkoreanischen Streitkräften den schnellstmöglichen Vormarsch bis zur mandchurischen Grenze. Sie befinden sich bereits auf dem Weg zu diesem Ziel und besetzten am Freitag die 225 Kilometer nördlich des 38. Breitengrades liegende Stadt Hongwon. Am Freitag bei Anbruch der Nacht befanden sie sich mehr als 140 Kilometer von der mandchurischen Grenze entfernt. Ihre Entfernung zur Grenze der Sowjetunion betrug zur gleichen Zeit noch rund 350 Kilometer.

Berichterstatter, die mit McArthur nach Pyeongyang kamen, teilten mit, daß seine Pläne

für die in Nordkorea stehenden amerikanischen und britischen Truppen noch nicht bekanntgegeben wurden. Es wird jedoch damit gerechnet, daß McArthur befehlen wird, daß diese Streitkräfte ihren Vormarsch nach Norden in angemessener Entfernung von der mandchurischen Grenze einzustellen haben. Generalmajor Almond, der die Truppen der Vereinten Nationen bei Seoul zum Sieg führte, flog nach Wonsan, um den militärischen Oberbefehl über Nordkorea zu übernehmen.

An der Landaktion amerikanischer Fallschirmspringer bei Sunschon und Suktschon waren 90 „Fliegende Güterwagen“ und 50 zweimotorige „Dakotas“ beteiligt. Es wird erwartet, daß sich die nach Norden vorstößenden Landtruppen im Laufe des Samstags mit den Fallschirmverbänden vereinigen werden.

Wird China noch eingreifen?

Die Möglichkeit des Eingreifens Chinas oder der Sowjetunion in Korea wird in unterrichteten amerikanischen Kreisen kaum noch in Erwägung gezogen, da der Krieg in Korea sich seinem Ende zuneigt. Man schätzt, daß die chinesischen Kommunisten etwa 300 000 Mann in der Mandchurerei haben und außerdem noch etwa 60 000 Mann an der Grenze am Yalu-Fluß. Sie verfügen aber über keine nennenswerten Luftstreitkräfte und könnten daher von den UN-Truppen abgewiesen werden. Die Sowjetunion verfügt dagegen über entsprechende Luftstreitkräfte, die zugunsten der Nordkoreaner eingreifen könnten. Nach Ansicht militärischer Sachverständiger ist nicht anzunehmen, daß die chinesischen Kommunisten und die Sowjettruppen eine gemeinsame Offensive unternehmen werden.

Ernstere Lage in Indochina

Kommunistische Rebellen bedrohen auch Langson - Erhebliche Sorgen in Paris

Hanoi (UP). Frankreichs führende militärische Fernost-Sachverständige hielten am Freitag in Sichtweite der von den kommunistischen Vietminh-Einheiten besetzten Gebirgszüge eine Sitzung ab, in der sie so schnell wie möglich einen neuen Verteidigungsplan mit dem Ziel, die nördliche Hauptstadt um jeden Preis zu halten, berieten.

General Juin, der alte Kolonialkriegsveteran, saß mit seinen beiden Kollegen, General Carpentier, französischer Oberkommandierender im Fernen Osten, und General Alessandri, dem Oberkommandierenden in Nord-Indochina, zusammen. Die gelben Tore des Kommissar-Palastes waren fest verschlossen, während sich wenig weiter nördlich Tausende von Kommunisten vermutlich zu einem neuen Angriff sammelten. Amtlich konnte nicht in Erfahrung gebracht werden, wie weit von Hanoi entfernt die Truppenkonzentrationen stattfanden. Man schätzt die Entfernung auf 25 oder 30 Kilometer. Hanoi selbst ist überschattet mit Flüchtlingen. Es herrscht eine gespannte Stimmung. Alle Festungen, die Indochina von dem kommunistischen China trennen, sind gefallen bis auf eine, Langson. Doch sollen bereits aus östlich dieser wichtigen indochinesischen Grenzstadt Kämpfe ausgebrochen sein. Es hat den Anschein, als ob die Kommunisten versuchen, die französische Garnison in Langson einzukesseln. Bisher wurde nur im Nordwesten von Langson gekämpft. Die Vietminh-Rebellen behaupten, ein Bataillon französischer Fallschirmjäger in Stärke von über 400 Mann vernichtet zu haben, das versucht habe, Nasan zurückzuerobern.

Indochina-Politik gebilligt
Die französische Nationalversammlung nahm

Sie schloß sich ihm willenlos an, als er sie weiterführte.

„Argwohn ist nun leider noch kein Beweis“, fuhr er fort. „Und ich fürchtete, Sie würden Stein und Bein schwören und bei Ihrem Schwandel bleiben, wenn ich einen Verdacht äußerte. Denn hinter diesem Märchen stand ein Fanatismus, der Ihrem Wesen eigentlich fremd ist, und dann verrennt man sich am leichtesten. Von diesem Fanatismus getrieben würden Sie mit Ihrer Lüge auch bis zum Zeugnis gehen, bis zu Wohlfahrt und sogar in den Meißel hineinfluten. Das war meine Sorge. Ich sprach also mit Lönne ...“

„Um Gottes willen!“
„Anders ging es nicht. Hat Hartung tatsächlich Selbstmord begangen, so weiß Lönne unbedingt und vielleicht als einziger, weshalb Hartung das getan hat. Bisher hat er darüber geschwiegen. Nun erzählte ich ihm, was ich von Ihnen erfahren hatte, und er war ebenso entsetzt, wie Sie es jetzt sind. Er sagte sogar ganz genau dasselbe: Um Gottes willen! Sie will einen Meißel leisten! Und er bat mich, beschwor mich, Sie um alles in der Welt davor zu bewahren. Das hätte ich auch ohne seine Beschwörungen getan. Lönne will es nicht, dieses Opfer, ich fürchte, er hätte Sie mitten im Gerichtssaal, vor Richtern, Geschworenen und vor dem Staatsanwalt der Unwahrheit berichtigt. Ihnen sind einige Unannehmlichkeiten erspart geblieben, glaube ich.“

Sie riß ihren Arm plötzlich von ihm los und bedeckte das Gesicht mit den Händen. Sie weinte, und als er ihre Hände vom Gesicht nahm, wollte sie sich abwenden, schämte sich entsetzlich, obwohl ein Gefühl tiefster Erleichterung sie durchflutete, und verfiel schließlich ihr entsetztes, tränenerfülltes Gesicht an seinen Schultern. Er zog sie ein wenig an sich wie ein verstörtes Kind. „Schmerzt es denn so sehr, daß er nichts wissen will von Ihrem Opfer?“

Sie schüttelte in verzweifelter Verneinung den Kopf, ohne die Augen zu öffnen oder ihm

mit 333 gegen 215 Stimmen eine Resolution an, in der sie ihr Vertrauen ausdrückt, daß die Regierung „in unmittelbarer Zukunft die nötigen Schritte einschlagen wird, um den Streitkräften in Indochina die größtmögliche Unterstützung zu gewähren und die Verteidigung der Staaten der Union zu sichern“. Der Verabschiedung der Resolution war ein Tag heftiger Debatten über die besorgniserregende militärische Lage in Indochina vorangegangen. Ministerpräsident Plevren war in der Diskussion immer wieder das Ziel heftiger Kritik von Abgeordneten der äußersten Rechten und Linken gewesen. Eine neue Debatte soll abgehalten werden, sobald aus Indochina Berichte vom Minister für die Staaten der französischen Union, Letourneau, und von General Juin eingetroffen sind.

Und nun: Deutschland

Die französische Nationalversammlung beschloß am Freitagabend einstimmig, am kommenden Dienstag mit einer umfassenden Debatte über die Frage der deutschen Wiederbewaffnung zu beginnen. Außenminister Robert Schuman teilte den Abgeordneten mit, daß die französische Regierung die amerikanische Forderung abgelehnt habe, der deutschen Wiederbewaffnung „im Prinzip“ zuzustimmen. Er kündigte an, daß er am kommenden Dienstag eine Regierungserklärung zu dieser Frage abgeben werde. Die Debatte über die deutsche Wiederbewaffnung muß vor Donnerstagnachmittag abgeschlossen sein, weil Verteidigungsminister Moch an diesem Tag nach Washington abreisen wird, um an der Tagung der Verteidigungsminister der Atlantikpaktstaaten teilzunehmen. Bei dieser Tagung wird über die Frage der deutschen Wiederbewaffnung ebenfalls beraten werden.

Ihr Gesicht zu zeigen.

„Warum sonst dieser wilde Schmerz?“ Sie konnte ihm nicht verständlich machen, daß es ja kein Schmerz war, der sie so sehr weinen ließ. Die unerträglich qualvolle Spannung dieser letzten Tage löste sich nun endlich. Nur deshalb weinte sie, als er ihr Gesicht am Kinn zu sich in die Höhe hob, versuchte sie mühsam, ihres Schluchzens Herr zu werden.

Sie versuchte ihm verständlich zu machen, wie sie dazu gekommen war, einen falschen Schwur leisten zu wollen. Sie stammelte wirr ihr Bekenntnis hin, und es war noch schwerer, ihm klarzumachen, welche Einsichten sie dazu gebracht hatten, von ihrem Vorsatz wieder zurückzutreten und Lönnes Schicksal in Wohlfahrts Hände zu legen, als sei er der Gott der Gerechtigkeit selber.

Henius hörte ihr zu, und nur wenn ihre Stimme vor Erregung zerbrechen wollte, beäugelte er sie mit kleinen, zärtlichen Lauten wie ein Kind.

Sie gelangten schließlich wieder zu seinem Wagen. Charlotte war ruhiger geworden und schweig nun erschöpft. Als Henius ihr lange und fragend in die Augen sah, lächelte sie ihm dankbar zu und legte ihre Stirn für einen Augenblick gegen seine Brust. Er streichelte leicht über ihr Haar hin und hob sie dann in den Wagen. Ohne noch ein Wort zu wechseln fuhren sie nach Hause.

An schönen Sonntagen pflegte Maltitz nach dem Essen, wenn Charlotte in Küche und Abwaschraum zu tun hatte, ein Stück durch den Park zu schlendern, bevor er sich zur Mittagruhe niederlegte. Heute schloß Henius sich ihm an. Anfänglich brachten sie kein richtiges Gespräch zustande, denn sie waren satt und maulfaul, und außerdem wollte Maltitz nicht recht, worüber er sich mit einem Rechtsanwalt unterhalten sollte.

Nach einem langen und völlig harmlosen Schweigen sagte dieser Bursche etwas, das Maltitz wie ein Donner traf.

„Eigentlich ist es ja schade, Herr Maltitz.“

Wieder Kleinkrieg im Valkalager

Aufstand der Tschechen gegen Lagerpolizei Nürnberg (UP). Am Donnerstag kam es im Nürnberger Valkalager, das gegenwärtig 3300 tschechische Flüchtlinge beherbergt, wieder zu einem Aufstand der Insassen gegen die Lagerpolizei. Anlaß zu dem Aufbruch, bei dem die Tschechen mit Steinwürfen und Tätlichkeiten gegen die Polizisten vorgingen, waren die Maßnahmen der Lagerpolizei zur Durchführung der Sperrstunde in der Lagerkantine. Zwei tschechische Flüchtlinge, die ihre Kameraden aufgewiegelt haben sollen, wurden festgenommen.

Raubüberfälle am helllichten Tag

Anschläge auf Berliner Juwelieregeschäfte Berlin (UP). Zwei Jugoslawen und ein Grieche überfielen während der Geschäftszeit mit vorgehaltenen Pistolen ein Juwelieregeschäft in der Westberliner Innenstadt. Sie überwältigten den Inhaber, flüchteten jedoch, als eine Verwandte unerwartet auftauchte und um Hilfe rief. Alle drei Täter konnten bereits wenige Minuten später von der Polizei verhaftet werden. Schon kurz zuvor war es zu einem ähnlichen Vorfall gekommen, als unbekannte Täter durch mehrere Wände hindurch in ein Juwelieregeschäft einbrachen und dort Schmuck und Wertgegenstände im Gesamtwert von etwa 20 000 DM raubten. Es war dies bereits der fünfte Einbruch in das gleiche Geschäft.

Romulo Nachfolger Trygve Lies?

Sowjets ziehen andere Kandidaten vor Lake Success (UP). Politische Beobachter halten den philippinischen Außenminister Romulo für den aussichtsreichsten Kandidaten auf den Posten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen. Demgegenüber erklärte der sowjetische Außenminister Wyssinski, daß die Sowjetunion gegen die Ernennung des Mexikaners Nervo kein Veto einlegen würde, falls dieser für das Amt des Generalsekretärs der Vereinten Nationen vorgeschlagen würde.

Rom im Zeichen des neuen Dogmas

Kardinalle und Bischöfe treffen ein Vatikanstadt (UP). Bisher sind 5 auswärtige Kardinalle und 60 Bischöfe zur Teilnahme an den Feierlichkeiten der „Proklamation des Dogmas der lebendigen Aufnahme der Jungfrau Maria in den Himmel am 1. November in Rom eingetroffen. Das Zentralkomitee des Heiligen Jahres hat eine amtliche Verlautbarung herausgegeben, in der erklärt wird, daß das Dogma der Überwindung des Materialismus, Existenzialismus und des laizistischen Heidentums dienen wird.

Britischer Atomwissenschaftler verschwunden

London (UP). Einer der führenden britischen Atomwissenschaftler ist verschwunden. Die britischen Behörden forderten die Polizei der westeuropäischen Staaten auf, ihnen behilflich zu sein, seine Spur zu finden. Bei dem Verschwundenen handelt es sich um Prof. Panicoerovo, einem geborenen Italiener.

Tito bittet USA um Lebensmittel

Zur Überbrückung der Versorgungslücke Washington (UP). Jugoslawien hat die Vereinigten Staaten formell um Lebensmittellieferungen im Werte von 105 Millionen Dollar gebeten. Jugoslawien braucht vor allem Weizen, Bohnen und Fette. Es benötigt sowohl Getreide für die menschliche Ernährung als auch solches für die Erhaltung der Viehbestände. Dean Acheson hat bekräftigt bereits zugesichert, daß Jugoslawien Lebensmittellieferungen erhalten werde.

sagte er, „daß sie mich und meinen Beruf so wenig leiden mögen.“

„An Ihrer Stelle würde ich mir nichts daraus machen. Ich würde auch nicht danach fragen, ob sie mich und meinen Beruf leiden können.“

„Ich muß leider danach fragen.“

„Wieso?“

„Weil ich in absehbarer Zeit Ihre Tochter heiraten und damit auch zu Ihnen in verwandtschaftliche Beziehungen treten werde, und ich habe immer gern Eintracht in der Familie.“

Maltitz blieb stehen und bob mit einem Rock den Kopf, denn Henius war größer als er, und er mußte zu ihm aufsehen, was ihm ebenfalls nicht paßte. Er betrachtete ihn, wie man etwa einen Irren betrachtet.

„Was haben Sie da gesagt?“

„Genau das, was Sie verstanden haben, Herr Maltitz.“

„Nein ...“

„Doch! Ich bin soeben zu diesem Entschluß gekommen und halte es für richtig, Sie schonend auf das unvermeidliche Ereignis vorzubereiten.“

„Haben Sie mit Lotte denn schon gesprochen?“

„Noch nicht, das heißt, nicht so klipp und klar, wie ich wollte doch wenigstens mit Ihnen reden, weil Sie in dieser Sache ja immerhin von bedeutender Wichtigkeit sind. Was Charlotte betrifft, so bin ich ziemlich sicher, daß ich bei ihr Glück haben werde. Ich spreche von der ganzen Geschichte auch nur, weil ich Ihnen den Schreck ersparen möchte, daß Charlotte eines Tages mit der Tür ins Haus fällt.“

Fortsetzung folgt

Umschau in Karlsruhe

Tscheche vor deutschem Gericht

Wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit
 Karlsruhe (UP). Der ehemalige tschechische Lagerleiter Kouril aus Brünn wird sich vor dem Karlsruher Schwurgericht wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die er an ausgewiesenen Deutschen begangen haben soll, verantworten müssen. Es wird dies der erste Prozeß dieser Art sein, in dem ein Angehöriger eines Staates, der zu den Vereinten Nationen gehört, von einem deutschen Gericht zur Rechenschaft gezogen wird. Kouril flüchtete 1949 aus der Tschechoslowakei nach Westdeutschland, wo er bei Karlsruhe von ehemaligen Insassen des Lagers Kaunitz-Collus erkannt und wegen angeblich begangener Grausamkeiten angezeigt wurde. Seit seiner Festnahme Ende vergangenen Jahres bis heute sind Hunderte von Zeugen aus dem gesamten Bundesgebiet vernommen worden, die schwere Anklagen gegen ihn erhoben. Es wird damit gerechnet, daß es während des Prozesses zu einem Massenandrang von Vertriebenen kommen wird.

Schüler seit 14 Tagen vermißt

Karlsruhe (SWK). Nach einer amtlichen Mitteilung wird der am 6. Mai 1937 in Berlin geborene, jetzt in Karlsruhe, Durlacher Allee 20, wohnhafte Schüler Ralph Herbert seit dem 6. Oktober 1950 vermißt. Der Knabe ist ca. 1,60 Meter groß, von schlankem Wuchs, hat gebräuntes Gesicht, graublaue Augen, mittelblondes Haar und trägt hellbraunen Kittel, der am Rücken einen Tintenleck hat. Der Junge hat sich schon mehrmals tagelang herumgetrieben und soll in den letzten Tagen in der Nähe des Schlachthofes gesehen worden sein. Zweckdienliche Angaben erbittet die Weibliche Polizei Karlsruhe, Hebelstraße 3, Telefon 5090, Apparat 350 oder jede andere Polizeidienststelle.

Lieber Kopfschuß als Verhaftung

Karlsruhe (ZSH). Ein Mannheimer Kaufmann, der in eine Betrugsaffäre verwickelt war und nach dem die Polizei fahndete, wurde in einer Karlsruher Gaststätte erkannt und festgenommen. Er erhielt noch die Erlaubnis, auf die Toilette zu gehen. Dort schloß er sich in den Kopf. Er starb kurze Zeit später im Krankenhaus.

Fernsprechstörungen in Karlsruhe aufgeklärt

Karlsruhe (Wb). Die Anfang dieses Monats in Karlsruhe aufgetretenen Fernsprechstörungen haben jetzt eine überraschende Aufklärung gefunden. Zwei Altmaterialhändler, die von den Grundstücksgebern die Genehmigung zum Abbau von Altmaterial erhalten hatten, hatten die Leitungen, von denen sie annehmen, daß es sich um todliegende Leitungen handelte, abgebaut und dabei auch einen Kabelverzweigerkasten umgestülpt. Erst als einer der Männer bei diesen Arbeiten einen elektrischen Schlag erhielt, hatten die Arbeitenden festgestellt, daß es sich um keine „tote Leitung“ handelte.

Aus der badischen Heimat

Altbadener bleiben weiter aktiv

Heidelberg (Wb). Die „Arbeitsgemeinschaft der Badener“ im Kreis Heidelberg hat auf einer Mitgliederversammlung beschlossen, für die Landtagswahlen in Württemberg-Baden keine eigenen Kandidaten zu nominieren. Wie der Leiter der Gruppe Unterbaden in der Arbeitsgemeinschaft, Dr. Birk, einem dpa-Vertreter mitteilte, hat die Arbeitsgemeinschaft der Badener kein Interesse an einem Staat, der ihre Wünsche nicht respektiert. Die Arbeitsgemeinschaft sei eine überparteiliche Interessengruppe, deren Ziel nach wie vor die Wiederherstellung des alten Landes Baden sei.

Jugendbücher im Straßenbahnwagen

Mannheim (Wb). Die Mannheimer Abendakademie hatte vor einiger Zeit einen Bücheromnibus in Mannheim für den Kampf gegen „Schmutz- und Schundliteratur“ eingesetzt. Der Omnibus war vom amerikanischen Hilfswerk für die deutsche Jugend (GYA) zur Verfügung gestellt worden. Da die Abendakademie aber die Mittel für Fahrer und Benzin nicht mehr aufbringen kann, hat sich die Mannheimer Straßenbahn, jetzt bereitwillig, einen Straßenbahnwagen als Ausstellungsraum herzurichten. Dieser Wagen soll jeweils in die Vororte zur Endstation fahren und dort stehen bleiben. Man hofft in Mannheim, daß diese aktive Maßnahme gegen „Schmutz und Schund“ das Interesse der Jugend für gute Bücher weckt.

Einmal ein „großer Herr“ sein

Baden-Baden (SWK). Ein 20 Jahre alter Page eines Baden-Badener Hotels, der von der Direktion mit 1000 DM zur Bank geschickt worden war, zog es vor, mit dem Geld zu verschwenden. Er wollte auch einmal ein „großer Herr“ sein. Nach acht Tagen wurde der junge Mann jedoch bereits wieder von der Polizei aufgegriffen. 700 DM hatte er ausgegeben. In erster Linie für Autofahrten, die für ihn als der Gipfelpunkt des luxuriösen Lebens galten. Sehr niedergeschlagen stand er jetzt vor den Schranken des Gerichts. Fünf Monate „Vater Philipp“ schlenen dem Richter gemessen. Vielleicht wird der Ausreißer in Zukunft lieber den Mittelweg zwischen Luxusapartment und Gefängniszelle wählen.

Das Zugunglück auf der Schwarzwaldbahn

Offenburg (SWK). Auf Grund von nicht-amtlichen Informationen liegen jetzt Einzelheiten über die Ursache des Zugunglücks auf der Schwarzwaldbahn vor. Auf der Strecke Offenburg—Villingen, wurden, wie vor einigen Tagen berichtet, sämtliche Fensterscheiben eines Schnelltriebwagens durch einen unerklärlichen Umstand von einem entgegenkommenden Güterzug zerrümmert. 24 Verletzte und ein Toter waren die Folgen des Unfalls.

Der Güterzug führte Wagen mit sich, die zum Transport von rollendem Material benutzt wurden. Sie weisen an der Längsseite schmale Bretterleisten und an den beiden Stirnseiten Rohrstrangen auf. Diese sind ausschwenkbar und mit einer Haltevorrichtung versehen, damit sie nicht über das Schienenprofil hinausragen können. Bei der Begegnung beider Züge muß diese Haltevorrichtung versagt und die Rohrstränge in einer leichten Gleichkrümmung sich nach vorn geneigt haben, so daß die Eisenstränge mit aller Wucht die Fenster des Triebwagens straffte und zerrümmerte.

Zeugen einer grauenhaften Nacht

Pforzheim (SWK). Bei Ausschachtungs- und Ausgrabungsarbeiten in der völlig zerstörten Innenstadt von Pforzheim stoßen die Arbeiter gegenwärtig oft auf Knochenreste von getöteten Menschen, die Opfer der grauenhaften Schreckensnacht im Februar 1945 geworden sind, als in kaum 15 Minuten fast die ganze Stadt in einem Bombenhagel versank. Meist ist es nicht mehr möglich, die Toten einwandfrei zu identifizieren. Auch bei den Arbeiten für ein neues Kino in der Nähe des früheren Ufa-Theaters wurden jetzt menschliche Skelette gefunden. Die Persönlichkeit der Getöteten war auch hier nicht mehr festzustellen.

Friedenskluten in Pforzheim am 24. Oktober

Pforzheim (Wb). Aus Anlaß der Übergabe der Friedensglocke durch General Lucius D. Clay in Berlin werden am 24. Oktober um 12 Uhr in Pforzheim sämtliche Kirchenglocken zwei Minuten lang geläutet werden. Damit will die Stadt Pforzheim ihre Verbundenheit mit Berlin zeigen.

Elektrio-Jungfernfahrt auf der Höllentalbahn

Freiburg (Wb). Der erste deutsche elektrische Triebwagen, der zur Zeit in der Wagen-Fabrik Rastatt fahrbereit gemacht wird, unternimmt auf der Höllentalbahnstrecke im bad. Schwarzwald zwischen Freiburg und Neustadt am 23. November seine Jungfernfahrt in Gegenwart des Bundesverkehrsministers Dr. Seeborn. Es handelt sich um den ersten von der Bundesbahn in Auftrag gegebenen Triebwagen, der den Vorteil hat, daß der Strom unmittelbar aus dem Landesnetz entnommen wird, ohne daß besondere Umrichteranlagen oder bahneigene Kraftwerke gebaut werden mußten.

Badens Vertreter im Südweststaatsrat

Freiburg (Wb). Als südbadische Sachverständige im Neuenstaat, dessen Bildung bei der Wildbader Konferenz der Ministerpräsidenten der drei südwestdeutschen Länder beschlossen wurde, sind wie dpa erfährt, Professor Maunz von der Rechtsabteilung des

badischen Innenministeriums, Legationsrat Dr. Dr. Janz und Oberlandesgerichtsrat Dr. Federer vorgesehen. Ein endgültiger Beschluß über die Nominierung der Vertreter Baden ist allerdings noch nicht gefaßt. Professor Maunz und Dr. Janz haben den bisherigen Verhandlungen als badische Berater bereits teilweise beigewohnt. Der Sachverständigenausschuß soll die Konferenz von Vertretern der drei Regierungen vorbereiten, die für den 1. November vorgesehen ist. Die Vertreter Württemberg-Badens und Württemberg-Hohenzollern waren Anfang der Woche bekannt gegeben worden.

Aus den Nachbarländern

Der schlänke Mann mit dem Auto

Ludwigsburg (Wb). Von der Kriminalabteilung der Polizeidirektion Ludwigsburg wurden über die Vernehmung der Frau Eichler aus Stetten in Südbaden mehrere Einzelheiten bekanntgegeben. Frau Eichler will die 7-jährige Monika Gwinner vor acht Wochen um Hegau-Blick gesehen haben. Ein „großer schlanker Mann“ habe Monika angesprochen und in einem Personenwagen mitgenommen. Frau Eichler war der Ansicht, daß das Kind bereits mit dem Auto dieses Mannes zum Hegau-Blick gekommen sei. Sie glaubte ferner, sich entsinnen zu können, daß der Wagen mit dem Kind in Richtung Konstanz weitergefahren sei.

Gartenschau schließt ihre Pforten

Stuttgart (Wb). Die Deutsche Gartenschau in Stuttgart schließt am Sonntag nach fünfmonatiger Dauer ihre Pforten. Das Gelände am Killesberg wurde bisher von rund 1,8 Millionen Menschen besucht. Den heiteren Abschluß der Gartenschau bildet am Samstagabend eine „Revue der Gartenschau“ in der Großen Ausstellungshalle. Bekannte Künstler aus aller Welt werden sich dabei dem Publikum vorstellen. Zahlreiche Gewinne können bei einer Verlosung erworben werden.

Keine Spur vom vierten Mann

Göppingen (Wb). Drei von den vier Göppinger Ausbrechern sitzen nun schon angst wieder hinter Schloß und Riegel. Von vierten Mann, dem Eberhard Alexander Jevgrafow, fehlt bis vor kurzem jede Spur. Ein früherer Komplize des Ausbrechers teilte einem Kriminalbeamten mit, Jevgrafow habe sich einige Zeit bei einer befreundeten Familie im Estenlager in Göttingen aufgehalten. Als Göppinger Kriminalbeamte dieser Familie einen „Besuch“ abstatten wollten, stellte sich heraus, daß die Familie einige Tage zuvor nach den USA ausgewandert war. Die Polizei nimmt an, daß Jevgrafow mit gefälschten Papieren ins Ausland geflohen ist.

Neue Steuern und Abgaben in Sicht

Erhöhung des Notopfers, Autobahn-Benutzungsgebühren u. gesteigerte Treibstoffpreise geplant

Eine Erhöhung des Notopfers Berlin, eine Gebühr für die Benutzung der Autobahnen und gesteigerte Treibstoffpreise kündigte ein Sprecher der deutschen Bundesregierung vor der Presse in Bonn an.

Wie der Regierungsvertreter ausführte, können das vom Bundestag verabschiedete Bundesversorgungsgesetz und zusätzliche Hilfestellungen für Berlin nun dann finanziert werden, wenn die erforderlichen Mehraufwendungen vom Volk getragen werden. Die Regierung soll die Absicht haben, folgende drei Einnahmequellen zu erschließen:

Notopfer Berlin

Das Berliner Notopfer wird dem Einkommen nach folgendermaßen gestaffelt: Bei Monatsbeträgen bis zu 300 DM für jede angefangene 100 DM 4,75 DM. Von 300—500 DM für die 300 DM übersteigenden Beträge je 100 Mark 1 DM. Von 500 bis 1000 DM für die 500 DM übersteigenden Beträge je 100 DM 2 DM. Für 1000 DM übersteigende Beträge je 100 DM 3 DM. Die Abgabe für Korperschaften beträgt für jedes angefangene, im Erhebungszeitraum bezogene 100 DM jährlich 3 DM.

Autobahn-Gebühren

Die vom Kabinett geschaffene Gebührenordnung für die Benutzung der Bundesautobahnen stützt sich auf das Reichsautobahngesetz vom 29. 5. 1951, nach dem Benutzungsgebühren erhoben werden können. Eine Gebührenmarke soll eingeführt werden, die am Kraftfahrzeug zu sehen sein muß.

Die Gebühren sollen betragen: Für Zweirad-Kraftfahrzeuge mit und ohne Beiwagen im Jahr 20 DM; für Dreirad-Kfz, PKW und Zugmaschinen 40 DM; für Lastkraftwagen ohne Anhänger 80 DM; für Lastkraftwagen mit einem Anhänger 120 DM; für Lastkraftwagen mit zwei Anhängern 200 DM; für Omnibusse bis zu 15 festen Sitzplätzen 120 DM; für Omnibusse mit 16 oder mehr festen Sitzplätzen 200 DM.

Kraftfahrzeuge im Feuerlöschdienst, im Krankentransport, im Wegebau und in der Verkehrsüberwachung erhalten eine Preisfahrtschuldung.

Den Besitzern von Kraftfahrzeugen wird es freigestellt, die Autobahnen zu benutzen. Ausländer, die auf den Autobahnen fahren wollen, lösen an den Grenzstellen eine Gebührenmarke im Werte von einem Viertel des Jahresbetrages ihrer Wagenklasse. Die Gebühren von den deutschen Fahrzeugbesitzern werden zusammen mit der Kraftfahrzeugsteuer erhoben. Wer ohne Gebührenmarke auf der Autobahn fährt, wird schwer bestraft.

Die Bundesregierung schätzt, daß aus dieser Gebühr jährlich 65 Millionen DM aufkommen werden.

Treibstoffpreise-Erhöhung

Die Erhöhung der Treibstoffpreise beträgt: 0,15 DM je Liter Vergaserkraftstoff, 0,10 DM je Kilogramm Dieseldieselkraftstoff.

Die Bundesregierung ist der Ansicht, eine Preiserhöhung auf diesem Gebiet durchaus vertreten zu können. Die augenblicklichen

Preise lägen „weit“ hinter dem allgemeinen Index zurück. Auch sei der Treibstoff in weiten Teilen des Auslandes wesentlich teurer als in Deutschland.

Das Aufkommen aus dieser Preissteigerung wird von der Regierung auf 270 Millionen DM im Jahr geschätzt. Die Gesetzesvorschläge werden dem Bundesrat zur Beratung zugeleitet. Sie sollen am Tage ihrer Verkündung wirksam werden.

Ein Sprecher des Zentralverbandes des westdeutschen KFZ-Gewerbes bezeichnete den Beschluß des Bundeskabinetts, eine „Autobahnbenutzungsgebühr“ zu erheben und die Treibstoffpreise um 10 bzw. 15 Pfennig je Liter zu erhöhen, als eine einseitige Belastung eines Erwerbszweiges, die allen demokratischen Gepflogenheiten Hohn spreche. Wenn finanzielle Belastungen unvermeidbar seien, dann sollten sie auf die gesamte Wirtschaft gleichmäßig verteilt werden und nicht ausschließlich zu Lasten des KFZ-Gewerbes gehen. Nach Meinung des Sprechers kommt der Beschluß des Bundeskabinetts völlig überraschend, da nicht einmal die Vertreter des Verkehrsgewerbes im Bundestag sowie im Bundesverkehrsministerium von den geplanten Maßnahmen unterrichtet worden seien.

Keine Kohlenbewirtschaftung

Das Bundeswirtschaftsministerium denkt nicht daran, Kohlen wieder zu bewirtschaften. Dies wird in einer Mitteilung des deutschen Industrie- und Handelstages an seine Mitgliedsstaaten versichert. Kohlen würden durch die Verkaufsstellen des deutschen Kohlenbergbaus verkauft, die die verfügbaren Kohlenmengen zu verteilen hätten.

Handwerk soll neu geordnet werden

Über eine Neuordnung im Handwerk haben sämtliche Fraktionen der Regierungskoalition dem Bundestag einen umfangreichen Gesetzesentwurf zugeleitet. Die Vorlage befaßt sich mit allen Fragen des Handwerks. Die Verfasser geben von dem Grundsatz der Gewerbefreiheit aus. Sie machen jedoch geltend, daß nur derjenige als Handwerker in den freien Wettbewerb eintreten dürfe, der bei einer Prüfung bewiesen habe, daß er fachlich geeignet sei. Im Betrieb sei neben der organisatorischen auch die fachliche Leistung wesentlich. Soweit „tüchtige Kräfte“ ohne geregelten Ausbildungsgang tätig seien, sollte man auf den Nachweis einer Meisterprüfung verzichten und ihnen die selbständige Führung eines Betriebes erlauben. Der Entwurf dieses Gesetzes ist der erste Schritt zur Schaffung einer gewerblichen Ordnung auf der Grundlage des Grundgesetzes.

Gehaltserhöhung in der Bauwirtschaft

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) und die Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden haben mit der Arbeitgeberorganisation einen neuen Gehaltstarifvertrag für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Bauwirtschaft in Württemberg-Baden abgeschlossen. Der Tarif sieht Gehaltserhöhungen von 15 bis 30 DM monatlich vor.

Der Fall „Kriegsverbrecher“ Hübenthal

Tauschen um die Auslieferung Deutscher an fremde Staaten — Bevölkerung in Erregung — Verfassensbruch?

Wie wir bereits berichteten, ist der deutsche Staatsangehörige Georg Hübenthal aus Eschwège verhaftet und der französischen Gendarmarie übergeben worden. Die Verhaftung Hübenthals hat die Bevölkerung in große Erregung gebracht, so daß sich das hessische Kabinett und der Landeskommissar Newman mit dem Fall beschäftigen mußten.

Georg Hübenthal aus Eschwège wird von den Franzosen beschuldigt, während des Krieges den französischen Staatsbürger Theophil Morvan ermordet zu haben. Auf Betreiben der französischen Regierung richtete die amerikanische Landeskommission für Hessen im Frühjahr 1949 an Ministerpräsident Stock ein Auslieferungsgesuchen mit der Begründung, daß Hübenthal in Frankreich Kriegsverbrechen begangen habe. Das Justizministerium ersuchte damals den Oberstaatsanwalt in Kassel, den Fall Hübenthal zu untersuchen. Diese Untersuchungen ergaben jedoch, daß eine Auslieferung Hübenthals an Frankreich nicht gerechtfertigt sei. Dieses Ergebnis teilte der Ministerpräsident von Hessen, Stock, dem Landeskommissar Newman im November 1949 mit.

Wie Newman jetzt erklärt, wurde die seinerzeitige Empfehlung des Ministerpräsidenten Stock und der Bericht des Oberstaatsanwaltes von der Auslieferungskammer der Hohen Kommission geprüft. Die Auslieferungskammer entschied jedoch — ungeachtet der ablehnenden Empfehlung — nach Prüfung aller vorhandenen Beweismittel und Unterlagen — dem Ersuchen auf Auslieferung Hübenthals stattzugeben. Die Übergabe Hübenthals an die zuständigen Vertreter der französischen Regierung wurde, wie Newman jetzt mitteilt, unter der Bedingung genehmigt, daß Hübenthal nur wegen des angeblichen Mordes an Theophil Morvan vor Gericht gestellt werde. Eine weitere Bedingung war, daß Hübenthal den Behörden der Vereinigten Staaten auf Verlangen wieder auszuliefern sei, wenn er nicht innerhalb von sechs Monaten vor Gericht gestellt und verurteilt werde.

Rasche Verhaftung

Dieser Haftbefehl sei ausdrücklich an alle Polizeidienststellen gerichtet gewesen, wodurch diese nicht nur ermächtigt, sondern auch angewiesen worden seien, die Verhaftung vorzunehmen. Die Aufforderung ging der Abteilung Öffentliche Sicherheit im hessischen Innenministerium zu. Das Kriminalkommissariat stellte daraufhin fest, daß Hübenthal auf Grund eines Haftbefehls des Resident-Officers in Eschwège bereits durch die Stadtpolizei festgenommen worden war. Auch befanden sich bereits zwei französische Gendarmen in Eschwège, die Hübenthal nach Paris bringen sollten. Das Kriminalkommissariat lehnte die Herausgabe ab. Aber trotzdem erfolgte auf Abweisung der Landeskommission die Herausgabe Hübenthals durch Eschweger Stadtpolizisten an die französischen Gendarmenbeamten. Allerdings wurde die Abteilung Öffentliche Sicherheit nicht davon in Kenntnis gesetzt.

Sowohl in der hessischen Verfassung, als auch im Grundgesetz ist niedergelegt, daß Deutsche nicht an eine fremde Macht ausgeliefert werden dürfen. Der Bevölkerung hat sich eine erhebliche Erregung bemächtigt. Die Bevölkerung beschuldigt die Landesregierung, unter Bruch der Verfassung und des Grundgesetzes einen deutschen Staatsangehörigen einer fremden Macht ausgeliefert zu haben. So schrieb Hessens Innenminister Zinnkann, dem amerikanischen Landeskommissar Newman, Zinnkann bezeichnete die Auslieferung Hübenthals als ein Unrecht und hat den Landeskommissar um die Einleitung der notwendigen Schritte, das Kabinett billigte einstimmig das Schreiben des Innenministers.

Weiter führte Zinnkann aus, daß das Justizministerium der Auffassung sei, daß für den Fall Hübenthal auf Grund des Gesetzes 6 des amerikanischen Hohen Kommissars für Deutschland nur noch die Zuständigkeit deutscher Gerichte gegeben sei. Dabei sei man sich darüber klar, daß selbstverständlich die Gerichte der amerikanischen Hohen Kommission das Recht gehabt hätten, diesen Fall an sich zu ziehen. Dieses Recht sei aber nicht gegeben, wenn das Gericht eines fremden Staates die Gerichtsbarkeit in Anspruch nehme.

Keine deutsche Behörde...

In seinem Antwortschreiben rekonstruiert Newman den Fall Hübenthal und meint: „Diese Darstellung dürfte völlig klarstellen, daß keine deutsche Behörde und kein deutscher Beamter irgendwelche Entscheidungsbefugnisse in der Auslieferungssache Hübenthal hatten. Nur der amerikanische Hohen Kommissar hat die gesetzliche Befugnis, auf Grund des Artikels IV des Kontrollratsgesetzes 19 solchen Auslieferungsgesuchen zu entsprechen. Die Weigerung einer Polizeidienststelle, den Haftbefehl auszuführen, würde eine strafrechtliche Verfolgung wegen Verletzung des Gesetzes Nr. 14 zur Folge gehabt haben, dabei hätte eine Strafe bis zu fünf Jahren Gefängnis oder eine Geldstrafe bis zu 25.000 DM oder beides verhängt werden können.“ Dieser Befehl, der auf Grund des Besatzungsstatus erfolgt sei, unterliege nicht den Bestimmungen des Grundgesetzes oder irgend einer Landesverfassung, sondern sei durch die zuständigen deutschen Behörden auf direkte oder indirekte Anordnung des Hohen Kommissars ausgeführt worden.

Landesregierung ist machtlos

Innenminister Zinnkann erklärte hierzu, daß dieser Fall eindeutig folgendes zeige: Erstens habe die hessische Landesregierung in Fragen der Auslieferung deutscher Staatsangehöriger keinerlei Befugnisse, vielmehr sei die Hohen Kommission und die Landeskommission allein zuständig. Zweitens habe Ministerpräsident Stock die Auslieferung abgelehnt und drittens sei die Auslieferung nicht auf Veranlassung einer deutschen Behörde, sondern auf Befehl der Hohen Kommission und der Landeskommission für Hessen erfolgt. Zweitens hat auch trotz Grundgesetz, trotz hessischer Verfassung, trotz Gesetz Nr. 6 und trotz aller deutscher Proteste die bittere Weise antreten müssen.

